

Die ... Redaktion: Berlin NW 6 Schiffbauerdamm 19 111. Kreisverleger: Ullrich Nordens 2895 und 2896.

Jahres ... Expedition: Berlin NW 6 Schiffbauerdamm 19. Kreisverleger: Ullrich Nordens 2895.

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Genossen und Genossinnen!

Unter den Stürmen der Revolution hat in Berlin vom 2. bis 6. März der zweite Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getagt.

Das Räteystem, die Kampforganisation, die sich das Proletariat in der Revolution geschaffen hat, ist von dem gesamten Parteitag als entscheidendes Mittel zur Umwälzung der bürgerlichen Gesellschaft verkündet worden.

Es fordert die sofortige Vergeßenschaftung der entscheidenden Wirtschaftszweige.

Es fordert eine sozialistische Steuer- und Finanzpolitik, alle sozialpolitischen und kulturellen Maßnahmen zur körperlichen Gesundheit und geistigen Höherentwicklung des Volkes.

Es fordert die Sicherung der politischen Macht der Arbeiterklasse durch sofortige Beseitigung des Militarismus, Abschaffung der freiwilligen-Korps und Errichtung einer proletarischen Volkswehr.

Es fordert die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten im Osten und die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu allen anderen Mächten.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Die Arbeit des Parteitages war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei, die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwicklung begriffen ist.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Die Arbeit des Parteitages war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei, die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwicklung begriffen ist.

Keine Aufhebung des Belagerungszustandes.

Berlin, 8. März. Die heute in einem Mittagsblatt verbreitete Nachricht, daß gleichzeitig mit der Aufhebung der Telegraphen- und Postverbindung auch die Aufhebung des Belagerungszustandes erfolgt sei, ist nicht wahr und wird hiermit widerrufen.

Die neue Heße beginnt.

Der Abbruch des Generalstreiks in Berlin scheint manchen Leuten nicht recht zu gefallen. Denn schon weiß die bürgerliche Presse von einem neuen Generalstreik am 26. März zu berichten.

Neue Pläne? Eine Korrespondenz meldet noch: Wie wir erfahren, haben die Unabhängigen in der letzten Nacht beschlossen, den Generalstreik, den auch sie als gefährlicher betrachten, abzubrechen, aber die Zeit bis zum Zusammentritt des allgemeinen Rätekongresses zu intensiver Agitation für den Sturz der Regierung und für eine 'Regierung Haase' auszunutzen.

Sollte hier nicht der Wunsch der Vater des Gedankens sein? Man sucht jedenfalls einen neuen Vorwand, um die Freiwillichen in Berlin behalten zu können.

Das künftige Ministertum in Bayern.

München, 8. März. Der Aktionsausschuß macht, wie die Bayerische Staatszeitung erfährt, für die Besetzung des künftigen bayerischen Ministertums folgende Vorschläge: Ministerpräsident, Kautsky und Kultus: Hoffmann, Pilsz (Meinheitsgeg.), Inneres: Simon (Meinheitsgeg.), Handel, Industrie und Gewerbe: Simon (u. Soz.), Sozialer: Unterleitner (u. Soz.), Verkehr: Frauenborffer, Landwirtschaft: Ditz (Bauernbund), militärische Angelegenheiten: Schrid (Meinheitsgeg.), eventuelle eine andere Persönlichkeit: Jozig, Ackerbau (u. Soz. Gewandter in Wien) oder Enders, Würzburg (Meinheitsgeg.). Die Frage der Besetzung des Finanzministeriums ist noch offen gelassen.

Ihrer Presse zeugen dafür, daß die proletarischen Massen ihr zustimmen.

Der Parteitag hat Klarheit geschaffen, über die Bahn, die das Proletariat zu verfolgen hat. Es darf sich nicht ablenken lassen durch die Illusion, daß gewalttames Vorgehen von Minderheiten und vereinzelte Teilsaktionen es seinem Ziele näherbringen.

Ihre Führer, die viele Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Macht der Gewohnheit in ihrem Bann halten, enthüllen immer deutlicher den Charakter dieser Politik. Wie sie mit den bürgerlichen Parteien während des Krieges die Regierung unterstützten und zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben, so haben sie sich jetzt mit der demokratischen Partei und dem Zentrum zu einer Regierung verbunden, die trotz aller schillernden Worte "Sozialisierung" und "sozialistischem Arbeiterrecht" dem Kapitalismus nicht ernstlich entgegenzutreten kann.

In klarer Erkenntnis dieser schwachen Zustände wenden sich in den letzten Wochen Scharen Proletarier von den rechtssozialistischen Führern ab; jede Gemeindevahl liefert dafür den bündigen Beweis.

Es fordert die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten im Osten und die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik und zu allen anderen Mächten.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Die Arbeit des Parteitages war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei, die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwicklung begriffen ist.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

Die Arbeit des Parteitages war von der frohen Zuversicht getragen, daß die Partei, die Trägerin der Revolution, in rascher Fortentwicklung begriffen ist.

Den dauernden Frieden für die Welt zu sichern vermag nur die Arbeiterinternationale, die vom Geiste grundsätzlicher, sozialistischer Politik erfüllt ist.

In diesen Vorschlägen des Aktionsausschusses werden heute abend die Parteien noch Stellung nehmen. Dem gleichen Blatt zufolge finden wegen des Zusammentritts des bayerischen Landtages zur Zeit Besprechungen der Reaktionen, auch der bürgerlichen, statt.

Die Lebensmittellieferungen.

Nach den neuesten Meldungen aus dem Lager der Entente bedeutet der Abbruch der Verhandlungen in Spa über die Lieferung von Lebensmitteln nicht, daß Deutschland überhaupt keine Lebensmittel durch die Entente erhalten solle.

Der Rat der Großmächte unternahm heute eine Aktion, um die ziemlich akute Situation zu erleichtern, die durch den Abbruch der Unterhandlungen in Spa hervorgerufen wurde.

Ein Einverständnis ist zwischen den englischen, französischen und amerikanischen Mitgliedern erreicht worden, so daß die Erwartung gerechtfertigt ist, daß der Oberste Rat morgen die Vereinbarung endgültig bestätigen wird und die Verhandlungen in Spa wieder aufgenommen werden können.

Nach dem Generalstreik.

Die bürgerlich-sozialistische Regierung sitzt in Weimar und glaubt mit den Herren und Damen der Rationalversammlung Deutschlands Zukunft schmieden zu können. All die Hoffnungen und Erwartungen, die das in seiner Mehrheit politisch vergiftete deutsche Volk auf sie gesetzt hat, sind enttäuscht worden.

Seit Wochen diskutiert die Berliner Arbeiterschaft über den kommenden Generalstreik. Wer Fühlung mit der Masse hatte, der wußte, was bevorstand. Das werktätige Volk wird sich nicht um die Früchte der Revolution bringen lassen, die winzigen Ertragserschöner müssen verteidigt werden.

Der am 28. Februar 1919 tagenden Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte wurde ein Antrag unterbreitet, den Generalstreik zu proklamieren. Nach erregter Debatte wurde die Vollversammlung auf Montag, den 3. März 1919, vertagt.

Die Arbeiterräte vertreten die gesamte werktätige Bevölkerung Groß-Berlins, sie besitzen das Vertrauen der Masse und werden als oberste Instanz anerkannt. Die Kommunisten und Unabhängigen stimmten im Arbeiterrat geschlossen für den Generalstreik, auch die Mehrzahl der Arbeiterräte, die politisch auf dem Boden der Rechtssozialisten stehen, stimmten für den Generalstreik.

Kaum war der Generalstreik proklamiert und mit elementarer Wucht zum Ausbruch gekommen, da setzte auch schon die Raulwurfsarbeit der Drahtzieher der Rechtssozialisten ein. Diese Demagogen wissen ganz genau, daß Aktionen, die von Millionen getragen werden, nur in Vertreterversammlungen entschieden werden können.

Der "Vorwärts" konnte zunächst während des Generalstreiks erscheinen, nachdem dem Personal angedroht worden war, falls jemand sich am Streik beteiligen sollte, werde er die Konsequenzen zu tragen haben.

Doch das genügte den Drahtziehern der Rechtssozialisten nicht. Sie hielten Versammlungen mit ihren Arbeiterräten und Parteifunktionären ab und forderten sie auf, den Streik zum Abbröckeln zu bringen.

Am 6. März sagte die Vollversammlung den Beschluß, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke stillzulegen. Wir können diesen Beschluß nicht gutheißen. Er läßt sich auch nur erklären, wenn wir die ungeborene Erregung berücksichtigen, die sich der Streikenden bemächtigt hatte.

Am 6. März sagte die Vollversammlung den Beschluß, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke stillzulegen. Wir können diesen Beschluß nicht gutheißen. Er läßt sich auch nur erklären, wenn wir die ungeborene Erregung berücksichtigen, die sich der Streikenden bemächtigt hatte, als das Verhalten der Rechtssozialisten bekannt wurde und die Rotegarde immer wahrscheinlicher in den Straßen Berlins ihr Unwesen zu treiben begann.













